

Schwierige Zeiten

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen im 21. Jahrhundert

Klaus Larres

Verglichen mit der Zeit des Kalten Krieges, als die Bundesrepublik Deutschland in erheblich stärkerem Maße auf die USA angewiesen war als in den Jahren seit der Vereinigung, gibt es eine deutliche Verschlechterung der bilateralen Beziehungen. Das galt vor allem für die letzten Jahre. Mit der Wahl von US-Präsident Biden gibt es auf beiden Seiten große Hoffnung auf eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen. Doch sind diese Erwartungen realistisch?

Das Verhältnis zwischen dem ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump und Kanzlerin Angela Merkel war vom ersten Treffen an zerrüttet. Weder die Substanz noch die Atmosphäre der Gespräche am 17. März 2017 konnten die Basis für solide deutsch-amerikanische Beziehungen legen. Dies war wenig überraschend. Trump hatte Deutschland während des Wahlkampfes kritisiert. Nach dem Wahlsieg Trumps im November 2016 hatte Merkel in ihrer Gratulation betont, dass die enge Partnerschaft mit den USA nur unter Aufrechterhaltung der westlichen Werte möglich sei. Diese zwar faktisch richtige, aber taktisch ungeschickte und allzu oberlehrerinnenhafte Äußerung vergiftete das Klima mit der Trump-Regierung zusätzlich.¹

Deutsch-amerikanische Krisen vor Trump

Bereits seit Beginn der Jahrtausendwende war es mit den bilateralen Beziehungen bergab gegangen, vor allem auf oberster Ebene. Trotz gelegentlicher Differenzen kamen Adenauer und Eisenhower, Kohl und Reagan und selbst Brandt und Nixon gut miteinander aus. Auch wenn die Bonner Republik letztendlich vom guten Willen Washingtons abhing, wussten die USA, dass sie diesen Staat an der Frontlinie des Kalten Krieges brauchten, um das westliche Bündnis zusammenzuhalten. Auf dem Höhepunkt der

¹ Vgl. Larres, Klaus (2019): Angela Merkel and Donald Trump – Values, Interests, and the Future of the West, in: Larres, Klaus / Wittlinger, Ruth (Hrsg.) (2019): German-American Relations in the 21st Century. A Fragile Friendship. Routledge, London, S.47-67.

transatlantischen Beziehungen 1989/90 schlug Präsident George H. Bush dem damaligen Kanzler Helmut Kohl in Mainz vor, dass Deutschland und die USA eine „Partnerschaft in der Führung“ eingehen sollten.² Briten und Franzosen waren davon wenig begeistert. Ob dies ernst gemeint oder lediglich wohlklingende Rhetorik war, um dem Gastgeber zu schmeicheln, ist umstritten. Kurz darauf ging es bergab: Die deutsche Weigerung, sich 1991 am ersten Golfkrieg gegen Saddam Hussein mit Truppen und nicht nur mit finanziellen Leistungen zu beteiligen, beeindruckte Bush nicht. Bald darauf befürchtete sein Nachfolger, Präsident Clinton, dass das Zusammenrücken der Europäer durch den Vertrag von Maastricht und die Einführung einer europäischen Währung zur Abschottung der neuen Europäischen Union von der Weltwirtschaft führen würde. US-amerikanische Produkte könnten es zukünftig schwerer haben, sich auf dem einheitlichen europäischen Markt durchzusetzen, so die Befürchtung.

Zu schweren Belastungen in den bilateralen Beziehungen, aber auch innerhalb des atlantischen Bündnisses, kam es nach den Terrorangriffen auf die USA am 11. September 2001. Die Allianz war verärgert, dass die Bush-Administration das Angebot der NATO zurückwies, sich mittels Artikel 5 des Nordatlantikvertrages an der Kriegsführung gegen die Taliban in Afghanistan zu beteiligen. Bald darauf kam es zu ernsthaftem Streit zwischen Präsident George W. Bush und Kanzler Gerhard Schröder. Schröder und sein Außenminister Fischer sprachen sich lautstark gegen die beabsichtigte Invasion des Iraks aus und stellten zusammen mit Frankreich und Russland eine temporäre Anti-Kriegskoalition auf die Beine, um den Krieg mittels der Vereinten Nationen noch zu verhindern. Dies gelang nicht. Das Jahr 2003 war dann von geradezu feindseligen Beziehungen zwischen Washington und Berlin gekennzeichnet.³

Zu schweren Belastungen in den bilateralen Beziehungen kam es nach den Terrorangriffen vom 11. September 2001.

Erst in der zweiten Amtszeit von George W. Bush normalisierte sich die Partnerschaft, da sich der Präsident und seine neue Außenministerin Condoleezza Rice ernsthaft um bessere Beziehungen zu Deutschland bemühten. Der 2005 erfolgte Regierungswechsel in Berlin trug ebenfalls dazu bei,

2 Vgl. Larres, Klaus / Oppelland, Torsten (Hrsg.) (1997): Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert. Geschichte der politischen Beziehungen. Wiss. Buchgesellschaft, Darmstadt.

3 Vgl. Dettke, Dieter (2009): Germany says 'No'. The Iraq War and the Future of German Foreign and Security Policy. Woodrow Wilson Press, Washington DC.

die Verbitterung der Vergangenheit zu überwinden, zumal Angela Merkel schnell gute persönliche Beziehungen zu Bush knüpfen konnte. Noch als Oppositionsführerin hatte sie 2002 in einer Rede in Washington Verständnis für die Irak-Politik Bushs erkennen lassen. Dennoch waren die deutsch-amerikanischen Beziehungen auch unter Merkel nicht problemlos.

Auch unter Obama Differenzen

Ernste Verstimmungen stellten sich ein, als Präsidenten Barack Obama 2009 sein Amt antrat. Zwar war es Merkel gelungen, auf persönlicher Ebene sehr gute Beziehungen mit der Obama-Administration und dem ansonsten eher kühlen Präsidenten aufzubauen. Doch bald schon ergaben sich Auseinandersetzungen, wie man auf die „Große Rezession“ und die Eurokrise der Jahre 2008 bis 2012 reagieren sollte: Mittels einer Politik der Sparsamkeit und Kürzungen, wovon Merkel und Finanzminister Schäuble überzeugt waren, oder durch den massiven Einsatz staatlicher Mittel, was die Obama-Administration praktizierte.

Als sich durch die Enthüllungen Edward Snowdens herausstellte, dass die National Security Agency, der größte der vielen Geheimdienste in den USA, nicht davor zurückgeschreckt war, auch Politiker in alliierten Ländern zu überwachen und selbst Merkels Handy anzuzapfen, führte dies zu einer schweren Krise zwischen Berlin und Washington. Es war zwar unklar, ob der Präsident davon gewusst oder sogar seine Einwilligung gegeben hatte. Hinzu kam, dass Obamas Verteidigungsminister Robert Gates die Europäer und nicht zuletzt Deutschland aufforderte, mehr Geld in ihre Verteidigungsbudgets zu stecken. Letztlich konnten die Belastungen während der Obama-Ära durch das freundschaftliche Verhältnis zwischen den führenden Politikern und Parlamentariern überwunden werden. Das beide Länder verbindende gemeinsame westliche Wertesystem hatte sich als stark genug erwiesen, die tagespolitischen Krisen zu überstehen.

Konfrontationskurs – Die Ära Trump

Die folgende nationalistische und isolationistische *America First*-Politik der Trump-Regierung löste sich von diesem Wertesystem und unterminierte die Führungsposition der USA im westlichen Bündnis. Daneben gab es vier Gründe, warum die von Trump und Merkel bestimmte Politik beider Länder immer mehr auf einen Konfrontationskurs hinauslief.

1. Trump hatte ein persönliches Problem mit der Kanzlerin. Die „Chemie“ stimmte von Anfang an nicht. Beide hatten unterschiedliche Lebens- und Erfahrungshorizonte. Die nüchterne, mit beiden Füßen auf dem Boden stehende Naturwissenschaftlerin Merkel traf auf einen sich an Emotionen und subjektiven Gefühlen orientierenden Präsidenten, der zudem recht abergläubisch, relativ ungebildet und außerordentlich desorganisiert war. Trump traf gern spontane, lediglich auf „Bauchgefühl“ beruhende Entscheidungen. Auch hatte Trump keinerlei Verständnis für die Flüchtlings- und Asylpolitik der Kanzlerin. Diese hielt er für falsch und gefährlich. Zudem hatte Trump auch mit anderen weiblichen Politikerinnen Probleme. Scheinbar konnte er nicht mit Frauen auf gleichberechtigter Ebene umgehen.
2. Schon im Wahlkampf im Jahr 2016 hatte Trump die EU und vor allem Deutschland für ihren Handelsüberschuss mit den USA kritisiert. Das könne nur durch unfaire Handelspraktiken der Europäer erreicht worden sein. Ähnlich wie China sah er die EU als einen den USA feindlich gesinnten Handelspartner an. Seine Regierung scheute sich 2018 nicht, die EU-Länder mit Handelssanktionen zu bestrafen. Auch drohte er mehrmals, insbesondere die Autoexporte in die USA mit Strafzöllen zu belegen, was Deutschland schwer getroffen hätte. Daneben hatte Trump auch nichts für den europäischen Integrationsprozess übrig. Er glaubte, dass die Einheit der Europäer sich zum handelspolitischen Nachteil der USA auswirke. Er befürwortete den Austritt Großbritanniens aus der EU (Brexit) und war optimistisch, dass sich andere EU-Länder den Briten anschließen würden.
3. Trump nahm es den Europäern und gerade Deutschlands sehr übel, das sie wenig Bereitschaft zeigten, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen, um eine unverbindliche NATO-Vereinbarung umzusetzen. Alle Mitgliedsländer hatten sich vor mehreren Jahren geeinigt, nicht weniger als zwei Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes in die Verteidigungsausgaben zu investieren. Dies gelang aber nur wenigen und Deutschland blieb mit 1,3 Prozent weit hinter dem Ziel zurück. Trump war davon überzeugt, dass die USA dies hätten ausgleichen müssen und damit schon seit Jahren zusätzlich belastet worden seien. Dies war völlig falsch, doch ließ sich Trump nicht von seiner irrigen Annahme abbringen.
4. Präsident Trump waren auch die guten deutsch-chinesischen Beziehungen ein Dorn im Auge. Nach einer anfänglichen Tauwetterphase

mit Peking hatte er seit dem Spätsommer 2018 China wieder als Erzfeind der USA entdeckt (schon im Wahlkampf von 2016 hatte er China stark angegriffen). Die Ambitionen der aufstrebenden Weltmacht mussten eingedämmt und nicht mit Hilfe Deutschlands weiter gestärkt werden.⁴ Auch der Bau der Nord Stream 2-Gaspipeline zwischen Russland und Deutschland passte Trump nicht und trug dazu bei, dass er immer mehr über Deutschland verärgert war. Zum Ende der Amtszeit Trumps waren die deutsch-amerikanischen Differenzen groß wie selten zuvor.

Zurück in ruhigere Gewässer? Die Beziehungen unter Biden

Unter Präsident Biden wird es diese Verstimmungen in dem Maße nicht geben. Zwar hat sich auch Biden gegen Nord Stream 2 ausgesprochen, aber in ihrer zunehmend kritischeren Haltung gegenüber China stimmen Biden und Merkel weitgehend überein. Was die unfairen Handelspraktiken und die Subventionskultur Chinas angeht, sind sich die EU und die USA ohnehin in den letzten Jahren näher gekommen. Auch der im Oktober 2020 vereinbarte europäische-amerikanische Dialog zu China wird wohl unter der neuen Biden-Regierung fortgesetzt. Der von der EU-Kommission vorgelegte Plan für die Revitalisierung der transatlantischen Partnerschaft sieht auch eine mit den USA eng abgestimmte Politik gegenüber China vor.⁵

Der neue US-Präsident und die deutsche Kanzlerin kennen sich persönlich recht gut aus der Zeit, als Biden Obamas Vizepräsident war. Sie

Die Biden-Regierung wird einen kooperativeren, multilateraleren und stabileren Kurs steuern.

stimmen in vielen Fragen der Flüchtlings-, Sozial- und globalen Wirtschaftspolitik überein. Die Biden-Regierung wird einen deutlich kooperativeren,

multilateraleren und stabileren Kurs steuern, als dies unter Trump der Fall war. Biden wird keine isolationistische, protektionistische oder semi-autoritäre Politik verfolgen. Stattdessen hat er verkündet, bereits im ersten Amtsjahr einen globalen „Gipfel der Demokratie“ einberufen zu wollen. Insgesamt wird die Politik Bidens auf dem westlichen

4 Larres, Klaus (2020): Trump's Trade Wars: America, China, Europe, and Global Disorder. In: Journal of Transatlantic Relations, Vol.18/1 (Feb. 2020), S. 103-129.

5 "EU proposes fresh alliance with US in face of China challenge," Financial Times, 29. Nov. 2020.

Wertesystem beruhen.⁶ Daneben ist sich Biden sowohl der Vorteile der Globalisierung als auch ihrer wirtschaftlichen Fallstricke bewusst. Es ist zu erwarten, dass der neue Präsident versuchen wird, die globale Führung der USA zu erneuern, indem er dem Pariser Klimavertrag und der Weltgesundheitsorganisation sowie unter bestimmten Bedingungen dem Atomabkommen mit dem Iran wieder beitrifft. Biden ist sich bewusst, wie wichtig es ist, die regelbasierte globale Ordnung wieder zu stärken und einen neuen Konsens in Fragen der globalen Governance zu finden. Wahrscheinlich wird er die Initiative ergreifen, um die Welthandelsorganisation zu reformieren. Dies sind Vorhaben, die die Merkel-Regierung begrüßt.

Im Gegensatz zu Trump ist sich der neue Präsident bewusst, wie wichtig die europäischen Verbündeten für die USA sind. Auch die Biden-Regierung wird von den Europäern erwarten, mehr für die Verteidigung auszugeben. Aber sie wird die NATO nicht in Frage stellen. Biden wird auch nicht versuchen, die Einheit der Europäer zu unterlaufen, um die Europäische Union zu schwächen. Tatsächlich besteht eine gute Chance, dass Biden die Verhandlungen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) wiederbelebt. Biden ist kein Freund des Brexits. Er hat sein Bedauern über den EU-Austritt Großbritanniens bekundet und darauf hingewiesen, dass dadurch der irische Friedensprozess nicht gefährdet werden dürfe.

Bidens reife Persönlichkeit wird verhindern, dass politische Schwierigkeiten mit einzelnen europäischen Führern zur Personalisierung der transatlantischen Beziehungen und zu öffentlich ausgetragenen Streitereien führen, wie das unter Trump der Fall war. Stattdessen wird die Biden-Administration wieder intensive Konsultationen mit den Verbündeten aufnehmen. Dabei wird Deutschland eine zentrale Rolle spielen. 🌐

6 Biden, Joseph. R. Jr.: Why America Must Lead Again: Rescuing Foreign Policy After Trump, *Foreign Affairs* (März/April 2020), S. 64-75.

Dr. Klaus Larres

geb. 1958, Professor für Geschichte und Internationale Beziehungen, University of North Carolina (UNC) at Chapel Hill, USA

larres@unc.edu



Welt Trends

Das außenpolitische Journal

Zurück! Russland auf der Weltbühne

Außenpolitik unter Putin
Verhältnis zu den USA
Im Westen nichts Neues
Russland und China
Iran als Partner

WeltBlick

Verbot für Kernwaffen
Ukraine und die Korruption
Frauenproteste in Polen

Analyse

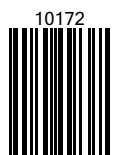
Konflikte BRD–USA

Kommentar

Raketenabwehr vs. Stabilität



ISSN 0944-8101 | 5,80 €
ISBN 978-3-947802-59-3



4

WeltBlick

- 4 Verbotsvertrag für Kernwaffen
Hubert Thielicke
- 9 Ukraine: Eliten, Korruption und der Westen
Hans-Jochen Luhmann
- 14 Polens Frauen erschüttern das Regierungslager
Holger Politt



18

Gastkommentare

- 18 Menschenleben, Menschenwürde, Menschenrechte
Zum neuen Programm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
von Ludger Volmer
- 22 Krieg in der Wüste
Der Westsahara-Konflikt verschärft sich
von Werner Ruf

25

Neues aus dem Institut

27

Thema: Zurück als Großmacht – Russlands Außenpolitik unter Putin

- 27 20 Jahre Außenpolitik unter Präsident Putin
Dmitri Trenin
- 34 Im Westen nichts Neues
Russland, die EU und Deutschland
Vladislav Belov
- 40 Veränderungen in einer Partnerschaft
Zum Verhältnis von Russland und China
Alexander Kotov





Mehr schlecht als recht 45
Die Beziehungen zwischen Russland und den USA
Pawel Ivanov

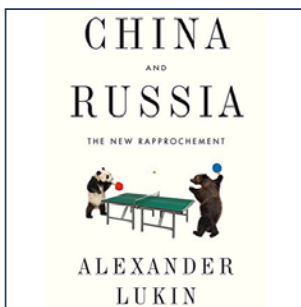
Strategische Partner im Nahen Osten 51
Russland und der Iran
Anna Ivanova

Analyse 58

Schwierige Zeiten
Die deutsch-amerikanischen Beziehungen im 21. Jahrhundert
Klaus Larres

Bücherschau 64

Von strategischer „Annäherung“ und Euro-Islam



Leserbrief 68

Impressum 69

Raketenabwehr versus strategische Stabilität 70

Kommentar von Wolfgang Schwarz

Wort & Strich 72